

Controlling Bericht Hilfe zur Erziehung 2022 Universitätsstadt Siegen

Datenbasis: 2021

Produkt: Hilfe für junge Menschen und ihre Familien (06.01.01)

Erstellt von:

Sandra Gräbener, Georg Ritter

In diesem Bericht werden die wesentlichen Zahlen, Daten und Fakten aus dem Bereich Hilfe zur Erziehung (inklusive der Hilfen für junge Volljährige) und Eingliederungshilfe der Universitätsstadt Siegen dargestellt. Im Zusammenhang der Darstellung über eine Zeilenreihe der letzten Jahre werden Entwicklungen interpretiert und mögliche Perspektiven aufgezeigt.

Der Bericht soll den Verantwortlichen im Jugendhilfeausschuss und in der Verwaltung des Jugendamtes eine Grundlage bieten, die Entwicklungen zu erkennen und potentielle Steuerungsansätze zu diskutieren bzw. umzusetzen.

Die Situation des für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung eingesetzten Personals im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) wird dargestellt, da es einen direkten Zusammenhang zwischen eingesetztem Personal, Wirkung der Hilfe und Höhe der Kosten gibt.

Diese Aufbereitung der wesentlichen Zahlen wird jährlich zur Haushaltsberatung des Fachausschusses zur Verfügung gestellt. Er soll kontinuierlich eine fundierte Grundlage für die Entwicklung und Steuerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung bieten und die bislang im Haushaltsbuch dargestellten Kennzahlen ersetzen und erweitern.

In dem Bericht wird zunächst ein Gesamtüberblick der Kosten des Vorjahres über alle Konten im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe gegeben. Danach werden einzelne Kennzahlen dargestellt, die gem. der Berechnungssystematik der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) ermittelt wurden und einen Gesamtüberblick ermöglichen. Folgend werden die wichtigsten Konten im Einzelnen dargestellt und interpretiert. Neben den Gesamtkosten werden die absoluten Fallzahlen (=Aufsummierung der am 31.12. andauernden und der innerhalb des Jahres beendeten Hilfen) und die Fallzahlen im Jahresdurchschnitt (laufende Fälle am 30./31. eines jeden Monats geteilt durch 12) ermittelt, um somit monatliche Fallkosten im Berichtsjahr für die jeweilige Hilfeart darstellen zu können. Hinzuweisen ist dabei darauf, dass innerhalb der gleichen Hilfeart/des gleichen Kontos je nach Fallgestaltung stark differente Einzelfallkosten entstehen können. Die jeweilige Zusammensetzung der Fälle hat somit eine direkte Auswirkung auf die durchschnittlichen Fallkosten. Zum besseren Vergleich der jahresbezogenen Einzelfallkosten wurde für einzelne Konten die Kosten pro Fall/Monat mithilfe eines zeitreihenbezogenen Referenzwertes errechnet.

Die Berechnung der Kosten der Inobhutnahme ist dargestellt auf Grundlage der tatsächlichen Unterbringungstage, da die Berechnung mit Jahresdurchschnittswerten wegen der in der Regel wesentlich kürzeren Aufenthalte zu erheblichen Ungenauigkeiten führen würde.

Daneben können sich bei allen Konten Ungenauigkeiten ergeben, aufgrund von Kostenerstattungen von bzw. an andere öffentliche Träger wegen wechselnder Zuständigkeit für die Erbringung von Leis-

tungen. Die in diesem Zusammenhang getätigten und erhaltenen Zahlungen erfolgen oftmals jahresübergreifend, werden aber innerhalb eines Haushaltsjahres verbucht. Das kann teilweise zu hohen Steigerungsraten auf einzelnen Aufwands- und Ertragskonten führen.

Inhalt:

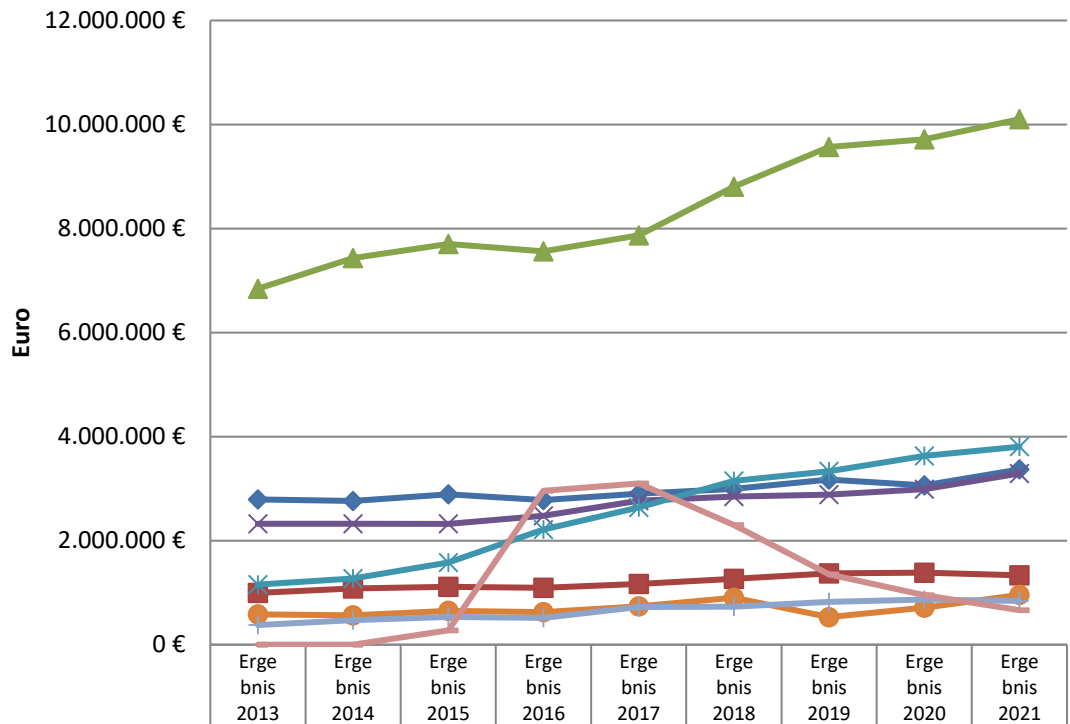
1. Übersicht über alle Konten
2. Kennzahlen
 - 2.1 Strukturkennzahl „unter 21“
 - 2.2 Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro
 - 2.3 Kostenverteilung nach Hilfearten
 - 2.4 Fallverteilung nach Hilfearten
 - 2.5 Unterbringung in Familien/Heimen
 - 2.6 Ortsnähe
3. Differenzierte Betrachtung einzelner Hilfearten
 - 3.1 ambulante Hilfen
 - 3.2 teilstationäre Hilfen
 - 3.3 stationäre Hilfen
 - 3.4 Leistungen in Pflegefamilien
 - 3.5 Pflegekinderdienste
 - 3.6 Eingliederungshilfen
 - 3.6.1 ambulante Eingliederungshilfe
 - 3.6.2 Integrationshelfer
 - 3.6.3 stationäre Eingliederungshilfe
 - 3.7 gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und ihre Kinder
 - 3.8 Inobhutnahme in Einrichtungen
 - 3.9 Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen
 - 3.10 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)
4. Einnahmen
5. Mitarbeitende im Allgemeinen Sozialdienst (ASD)
6. Bewertung

1. Übersicht über alle Konten

Bezeichnung	Aufwandskonto	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017
Ambulante Hilfen zur Erziehung	5331000	2.793.158 €	2.762.847 €	2.887.854 €	2.780.678 €	2.905.433 €
Teilstationäre Hilfen (TG, Filou, EJA)	5332001	995.399 €	1.083.831 €	1.111.122 €	1.095.120 €	1.164.774 €
Heimerziehung	5332000	6.843.323 €	7.432.032 €	7.702.289 €	7.610.989 €	7.870.289 €
Leistungen in Familienpflege	5331001	2.034.730 €	2.030.545 €	2.022.450 €	2.165.929 €	2.449.199 €
Pflegekinderdienste	5331003	289.634 €	294.694 €	299.072 €	314.144 €	317.380 €
Ambulante Eingliederungshilfe	5331010	109.146 €	78.806 €	47.527 €	43.623 €	82.172 €
Integrationshelfer	5331011	625.976 €	996.902 €	1.022.296 €	1.297.409 €	1.796.750 €
Stationäre Eingliederungshilfe	5332010	420.120 €	197.284 €	506.785 €	873.420 €	759.158 €
Gemeinsame Wohnform Mütter/Väter u. Kinder	5332003	580.186 €	561.156 €	648.557 €	624.466 €	738.106 €
Inobhutnahme außerhalb v. Einrichtungen	5331004	8.103 €	9.879 €	5.311 €	16.741 €	126.542 €
Inobhutnahme in Einrichtungen	5332004	368.581 €	462.869 €	530.800 €	495.360 €	595.076 €
UMF außerhalb v. Einrichtungen	5331005	0 €	0 €	0 €	44.683 €	154.028 €
UMF in Einrichtungen	5332005	0 €	0 €	276.634 €	2.916.256 €	2.946.315 €
		15.068.356 €	15.910.845 €	17.060.698 €	20.278.818 €	21.905.222 €

Bezeichnung	Aufwandskonto	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021	Veränderung VJ in %
Ambulante Hilfen zur Erziehung	5331000	2.992.812 €	3.175.780 €	3.065.259 €	3.368.851 €	9,90%
Teilstationäre Hilfen (TG, Filou, EJA)	5332001	1.266.914 €	1.369.453 €	1.384.756 €	1.330.566 €	-3,91%
Heimerziehung	5332000	8.802.178 €	9.569.165 €	9.716.688 €	10.101.065 €	3,96%
Leistungen in Familienpflege	5331001	2.508.921 €	2.420.070 €	2.388.243 €	2.645.283 €	10,76%
Pflegekinderdienste	5331003	338.635 €	462.938 €	602.777 €	645.584 €	7,10%
Ambulante Eingliederungshilfe	5331010	151.909 €	137.195 €	211.879 €	258.868 €	22,18%
Integrationshelfer	5331011	2.499.627 €	2.602.483 €	2.924.870 €	2.990.324 €	2,24%
Stationäre Eingliederungshilfe	5332010	495.443 €	594.793 €	494.224 €	556.609 €	12,62%
Gemeinsame Wohnform Mütter/Väter u. Kinder	5332003	904.109 €	530.035 €	712.834 €	956.891 €	34,24%
Inobhutnahme außerhalb v. Einrichtungen	5331004	118.980 €	131.729 €	154.348 €	99.635 €	-35,45%
Inobhutnahme in Einrichtungen	5332004	610.589 €	688.656 €	712.966 €	741.762 €	4,04%
UMF außerhalb v. Einrichtungen	5331005	139.850 €	83.030 €	47.355 €	33.661 €	-28,92%
UMF in Einrichtungen	5332005	2.158.647 €	1.265.896 €	903.613 €	630.004 €	-30,28%
		22.988.614 €	23.031.222 €	23.319.811 €	24.359.103 €	5,77%

Kostenentwicklung 2013 - 2021



◆ Ambulante Hilfen zur Erziehung	2.793.15	2.762.84	2.887.85	2.780.67	2.905.43	2.992.81	3.175.78	3.065.25	3.368.85
■ Teilstationäre Hilfen (TG, Filou, EJA)	995.399	1.083.83	1.111.12	1.095.12	1.164.77	1.266.91	1.369.45	1.384.75	1.330.56
▲ Heimerziehung	6.843.32	7.432.03	7.702.28	7.561.82	7.870.28	8.802.17	9.569.16	9.716.68	10.101.0
× Familienpflege	2.324.36	2.325.23	2.321.52	2.480.07	2.766.57	2.847.55	2.883.00	2.991.02	3.290.86
✱ Eingliederungshilfe	1.155.24	1.272.99	1.576.60	2.214.45	2.638.08	3.146.97	3.334.47	3.630.97	3.805.80
● Gemeinsame Wohnform Mütter/Väter u. Kinder	580.186	561.156	648.557	624.466	738.106	904.109	530.035	712.834	956.891
+ Inobhutnahmen	376.684	472.748	536.110	512.101	721.618	729.569	820.385	867.314	841.397
— Unbegleitete minderj. Flüchtlinge	0 €	0 €	276.634	2.960.93	3.100.34	2.298.49	1.348.92	950.968	663.665

2. Kennzahlen

2.1 Strukturkennzahl „unter 21“

Anteil der Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren an der Gesamtbevölkerung in Prozent zum Stichtag 31.12.2021:

Hauptwohnsitzbevölkerung laut Einwohnermelderegister insgesamt: 104.444

davon unter 21 Jahre: 19.881 = 19,04 %

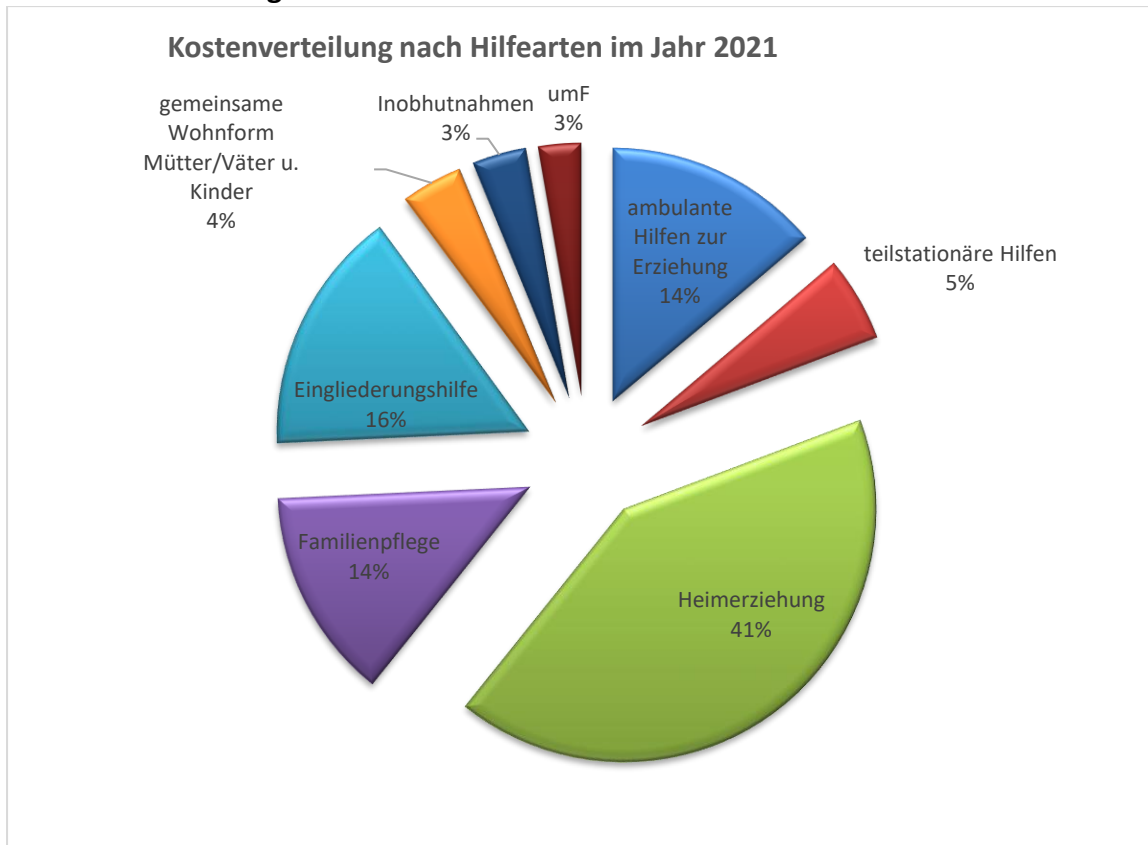
2.2 Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro

Für die Ermittlung des Fehlbetrages wurde die Datenerfassung der GPA angewandt. Hiernach wird der Fehlbetrag ermittelt aus den Transferaufwendungen aller stationärer, teilstationärer und ambulanter Hilfen, sowie die Aufwendungen für die UMF. Weiterhin werden die Aufwendungen der Erziehungsberatung, die Kosten für die Inobhutnahme, sowie die Kosten der Pflegekinderdienste hinzugerechnet. Die Kosten für Hilfen nach § 19 SGB VIII: Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder werden hingegen nicht berücksichtigt.

Nach dieser Berechnungsart ergibt sich für das Jahr 2021 ein Fehlbetrag in Höhe von 22.443.935 € : 19.881 Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren = **1.129 €**.

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021
Einwohner	20.061	20.088	20.007	19.792	19.881
Fehlbetrag	935 €	1021 €	963 €	1024 €	1.129 €

2.3 Kostenverteilung nach Hilfearten



2.4 Fallverteilung nach Hilfearten

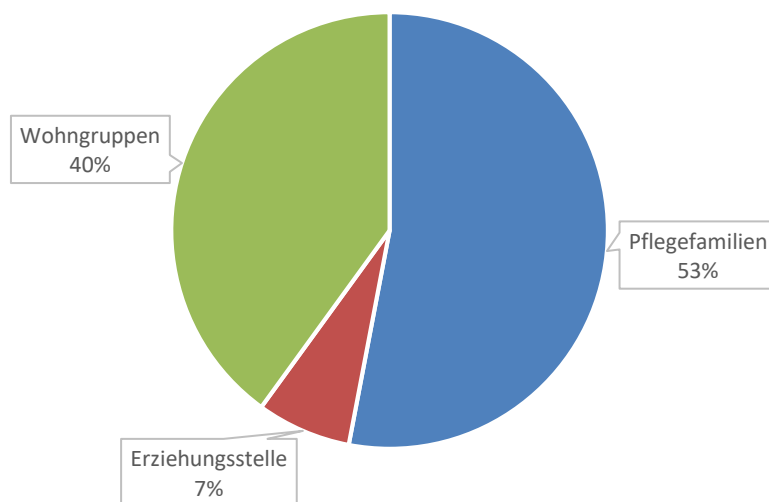


2.5 Unterbringung in Familien/Heimen

Stichtag
31.12.2021

	Unterbringung in Familien			(Heim)- Wohn- gruppen	
	Pflegefamilien	Erziehungsstel- len			
Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%
141	52,60%	19	7,10%	108	40,30%

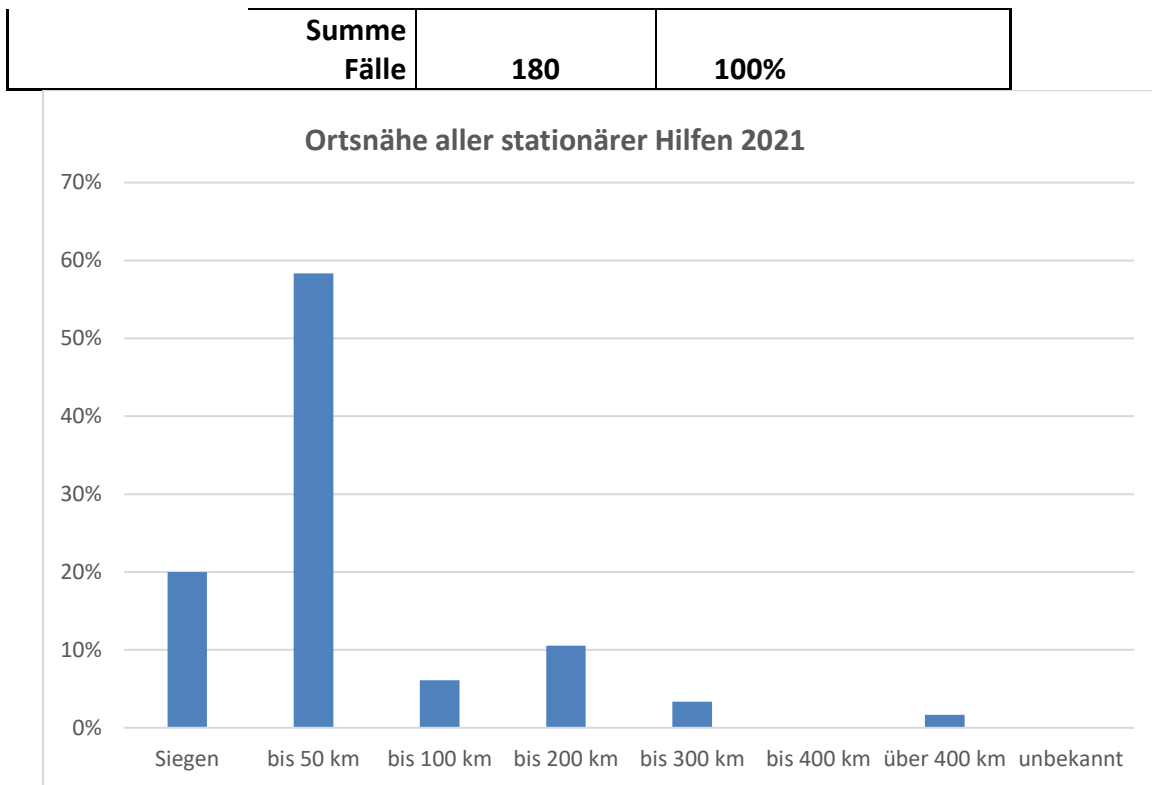
Aufteilung Pflegefamilien, Erziehungsstellen und (Heim)-
Wohngruppen 2021



2.6 Ortsnähe (alle stationären Hilfen § 34, § 35a, § 19)

Stichtag 31.12.2021

Km-Kategorie				
Entfernung	Kategorie	Fälle	%	kum. Wert
Siegen	1	36	20,00%	20,00%
bis 50 km	2	105	58,33%	78,33%
bis 100 km	3	11	6,11%	84,44%
bis 200 km	4	19	10,56%	95,00%
bis 300 km	5	6	3,33%	98,33%
bis 400 km	6	0	0,00%	98,33%
über 400 km	7	3	1,67%	100,00%
Ort unbekannt	8	0	0,00%	100,00%



3. Differenzierte Betrachtung einzelner Hilfearten

3.1 ambulante Hilfen zur Erziehung (5331000)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	2.793.158 €	
2014	2.762.847 €	-1,09%
2015	2.887.854 €	4,52%
2016	2.780.678 €	-3,71%
2017	2.905.433 €	4,49%
2018	3.206.932 €	10,38%
2019	3.381.062 €	5,43%
2020	3.065.259 €	-9,34%
2021	3.368.851 €	9,90%

Über das Konto der ambulanten Hilfen zur Erziehung (§§ 27 Abs. 2, 30, 31, 35, 41 SGB VIII) laufen ebenfalls die Kosten für Hilfen im Rahmen der allgemeinen Erziehungsberatung gem. § 16 SGB VIII und die Kosten für begleitete Besuchskontakte bei getrenntlebenden Eltern im Rahmen des § 18 SGB VIII. Die ambulanten Hilfen zur Erziehung werden i.d.R. über Fallpauschalen finanziert und sind von daher gut zu kalkulieren, wohin gegen die Hilfen nach § 16 und § 18 sowohl im Hinblick auf ihre Häufigkeit stark variieren können und vom Stundenumfang Einzelvereinbarungen unterliegen. Das Jahresergebnis 2021 in Höhe von 3.368.851 € beinhaltet daneben Kosten für Projekte in Höhe von 174.262 €. Diese wurden für die Ermittlung der fallbezogenen Kosten in Abzug gebracht.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	2.649.411 €	318	201,8	1.094 €
2017	2.739.975 €	337	198,8	1.149 €
2018	2.992.812 €	333	193	1.292 €
2019	3.175.780 €	342	204	1.297 €
2020	2.926.752 €	361	187,50	1.301 €
2021	3.194.589 €	368	198	1.345 €

3.2 teilstationäre Hilfen (5332001)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	995.399 €	
2014	1.083.831 €	8,88%
2015	1.111.122 €	2,52%
2016	1.095.120 €	-1,44%
2017	1.164.774 €	6,64%
2018	1.266.914 €	8,77%
2019	1.369.453 €	8,09%
2020	1.384.756 €	1,12%
2021	1.330.566 €	-3,91%

Bei den teilstationären Hilfen zur Erziehung gem. § 32 SGB VIII handelt es sich um die sozialpädagogische Tagesbetreuung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen. Ein Großteil der Plätze wird in den sogenannten EJA-Gruppen (Erziehungshilfe und Jugendarbeit) abgedeckt, die in Kooperation mit der Ev. Jugendhilfe Friedenshort in den städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen angesiedelt sind und in denen ein integratives Konzept mit Durchlässigkeit zum Regelbetrieb umgesetzt wird. Daneben gibt es noch eine klassische Tagesgruppe für Kinder und eine Tagesgruppe für Jugendliche, die mit unterschiedlichen Betreuungsintensitäten arbeiten.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	1.095.120 €	58	39,4	2.316 €
2017	1.164.774 €	56	42,4	2.289 €
2018	1.266.914 €	56	44,10	2.394 €
2019	1.369.453 €	66	48,4	2.358 €
2020	1.384.756 €	63	47,2	2.445 €
2021	1.330.566 €	54	45,33	2.446 €

3.3 Heimerziehung (5332000)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	6.843.323 €	
2014	7.432.032 €	8,60%
2015	7.702.289 €	3,64%
2016	7.561.824 €	-1,82%
2017	7.769.489 €	2,75%
2018	8.724.297 €	12,29%
2019	9.569.165 €	8,71%
2020	9.716.688 €	1,54%
2021	10.101.065 €	3,96%

Die Kosten für die stationären Hilfen zur Erziehung gem. § 34 SGB VIII und § 41 SGB VIII sind über die Jahre deutlich gestiegen. Es ist zu beobachten, dass immer mehr der stationär untergebrachten Kinder und Jugendlichen aufgrund gravierender erzieherischer Defizite, fehlender stabiler Bindungsentwicklung sowie Traumata aufgrund von Vernachlässigung, Misshandlung oder sexualisierter Gewalt Störungsbilder im psychischen Bereich aufweisen. Dadurch hat die Intensität der stationären Hilfen, verbunden mit höherem Betreuungs- und Personalaufwand und zusätzlichen therapeutischen Leistungen weiter zugenommen. Ein Großteil dieser Kinder und Jugendlichen belegt einen Intensivplatz mit hoher Personaldichte und entsprechend hohen Leistungsentgelten (prozentuale Verteilung der Entgelte siehe Tabelle) in den verschiedenen Einrichtungen der stationären Jugendhilfe.

Diese Tendenz wird sich nach hiesiger Einschätzung fortsetzen bzw. auf hohem Niveau verstetigen und ist den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen geschuldet. Diese Entwicklung in Siegen korrespondiert mit den Entwicklungen in Land und Bund.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat	Kosten pro Fall/Monat mit Ø zeitreihenbezogenen Referenzwert (125)
2016	7.561.824 €	229	121,4	5.190 €	5.041 €
2017	7.870.289 €	175	131,6	4.984 €	5.247 €
2018	8.802.178 €	193	123	5.964 €	5.868 €
2019	9.569.165 €	175	123	6.483 €	6.379 €
2020	9.716.688 €	192	119,3	6.787 €	6.478 €
2021	10.101.065 €	177	133	6.328 €	6.734 €

Fallzahlen jeweils zum Stichtag: 31.12. des Jahres	2017		2018		2019		2020		2021	
	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%
Regelangebot - 180 €	86	68,80%	80	60,10%	80	58,40%	78	57,80%	62	48,80%
Intensiv I 181 – 210 €	27	21,60%	30	22,60%	25	18,20%	23	17%	28	22,04%
Intensiv II 211 – 250 €	2	1,60%	12	9%	20	14,60%	21	15,60%	18	14,17%
spezialisiert/ hochintensiv ü. 250 €	10	8%	11	8,30%	12	8,80%	13	9,60%	19	14,96%
Gesamt	125	100%	133	100%	137	100%	135	100%	127	100%

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist der Anteil der in Regelangeboten der stationären Jugendhilfe untergebrachten Kinder deutlich gesunken, wohingegen der Anteil vor allem der hochintensiven Unterbringungsformen deutlich gestiegen ist.

3.4 Leistungen in Familienpflege (5331001)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	2.034.730 €	
2014	2.030.545 €	-0,21 %
2015	2.022.450 €	-0,40 %
2016	2.165.929 €	7,09%
2017	2.358.548 €	8,89%
2018	2.508.921 €	6,38%
2019	2.420.070 €	-3,54%
2020	2.388.243 €	-1,32%
2021	2.645.283 €	10,76%

Die finanziellen Leistungen an die Pflegeeltern im Rahmen der Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII werden jährlich durch das MFKJKS NRW festgelegt. Sie staffeln sich in Beträge für die „materiellen Aufwendungen“ und „Kosten der Erziehung“. Der Betrag für die Kosten der Erziehung ist gleich hoch für alle Altersgruppen und lag in 2021 bei 286 €, die materiellen Aufwendungen sind in drei Altersgruppen (bis 6, 7-13, 14-18) aufgeteilt und beliefen sich auf 602 €, 687 €, 837 €. Zusätzlich können antragsabhängige Beihilfen sowie erhöhte materielle Aufwendungen und/oder Erziehungsaufwendungen gewährt werden, die in den Richtlinien der Universitätsstadt Siegen zur Gewährung wirtschaftlicher Jugendhilfe festgelegt sind.

Besondere Formen der Familienpflege wie z.B. die Bereitschaftspflege oder Kurzzeitpflege werden wegen des erhöhten Aufwandes der Pflegeeltern auch höher entgolten. Der monatliche Kostensatz für diese Betreuungsform betrug 2017,- €.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	2.165.929 €	229	190,7	946 €
2017	2.358.548 €	233	187	1.051 €
2018	2.508.921 €	228	187,5	1.115 €
2019	2.420.070 €	208	185	1.090 €
2020	2.388.243 €	225	186	1.070 €
2021	2.645.283 €	250	200	1.102 €

3.5 Pflegekinderdienste (5331003)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	289.634 €	
2014	294.694 €	1,75%
2015	299.072 €	1,49%
2016	314.144 €	5,04%
2017	317.380 €	1,03%
2018	338.635 €	6,70 %
2019	462.938 €	36,71%
2020	602.777 €	30,21%
2021	645.584 €	7,10%

Die Kosten für die eingesetzten Pflegekinderdienste zur sozialpädagogischen Begleitung und Unterstützung der Pflegefamilien hängen mit den zuvor genannten Fallzahlen und den damit verbundenen finanziellen Leistungen an die Pflegefamilien zusammen.

Für die Betreuung der Familien sind mit den Pflegekinderdiensten **monatliche Betreuungspauschalen** vereinbart worden, die auf Grundlage festgelegter Betreuungsstandards und dafür notwendiger durchschnittlicher monatlicher Fachleistungsstunden berechnet werden. Daneben können zusätzliche Kosten für nicht in den Pauschalen enthaltene Leistungen abgerechnet werden (z.B. zusätzliche Besuchskontakte oder Begleitung von Herkunftseltern).

Die Pauschalen betrugen in 2021 rd. **286,- €** für die Betreuung eines „normalen“ Pflegeverhältnisses und rd. **670,- €** für die Begleitung eines Bereitschaftspflegeverhältnisses.

Die gestiegenen Kosten der Pflegekinderdienste begründen sich durch Zusatzkosten, die im Zusammenhang von begleiteten Umgangskontakten, Rückführung oder intensivere Betreuung erforderlich waren als auch in gestiegenen Fallzahlen.

In den Kosten der beiden vorgenannten Konten **5331001 und 5331003** sind Kostenerstattungen an andere Jugendämter enthalten, die gem. der gesetzlichen Regelung nach zwei Jahren für Pflegekinder zuständig werden, die voraussichtlich dauerhaft in deren örtlichen Zuständigkeitsbereich bei einer Pflegefamilie leben. Diese Kosten für die Bezahlung der Pflegefamilie als auch die Kosten für deren Begleitung wurden bis 2018 insgesamt auf das Konto 5331001 gebucht und wurden ab 2019 auf

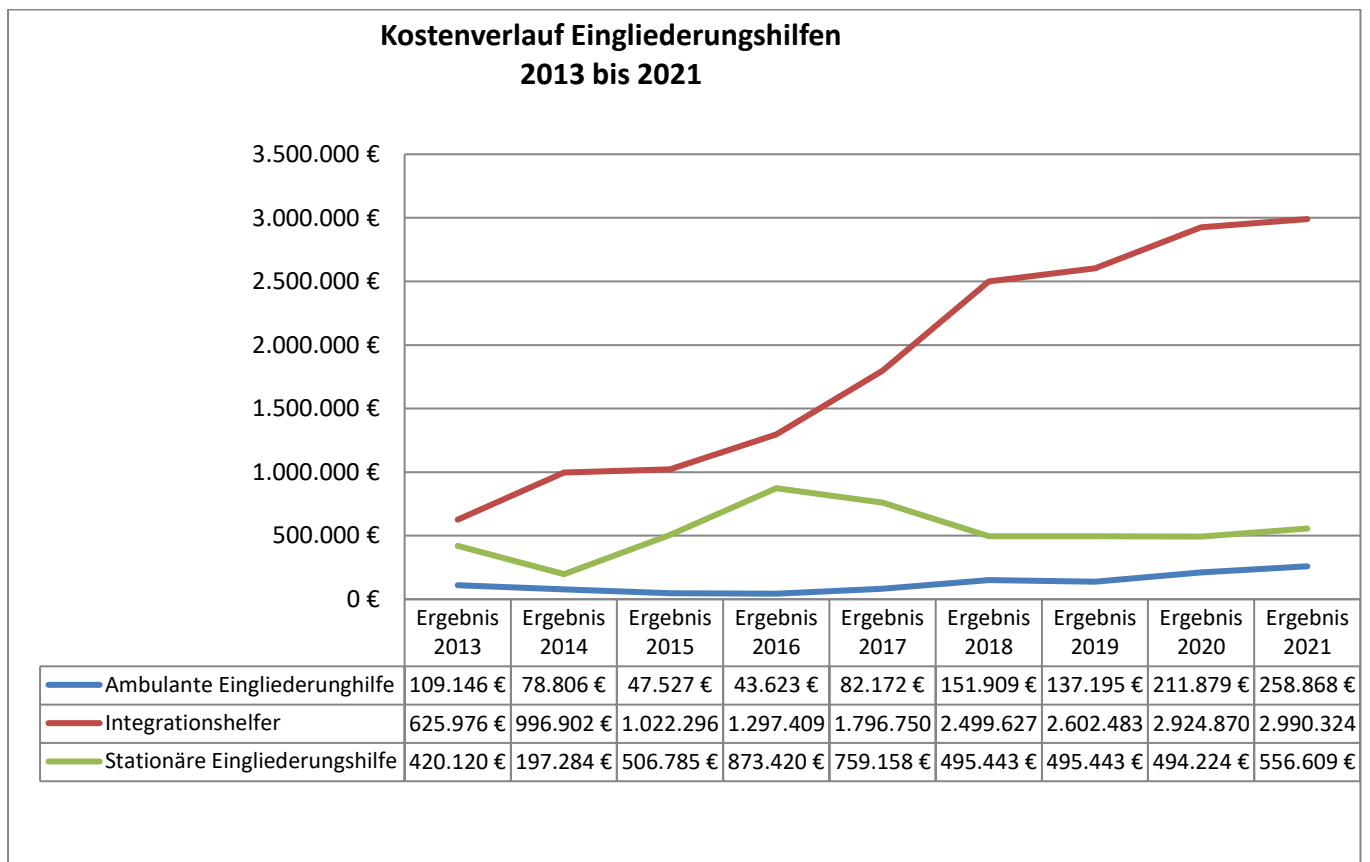
die beiden Konten regulär nach Leistung (5331001) und Begleitung (5331003) aufgeteilt. Dieser Prozess vollzog sich bis in das HH-Jahr 2020, da die Kostenrechnungen der kostenerstattungsberechtigten Jugendämter oftmals jahresübergreifend gestellt werden.

Um die realistische Veränderung zu betrachten, müssen die Ergebnisse beider Konten zusammengeführt werden.

Gesamtergebnis aus Leistungen in Familienpflege (5331001) und Kosten der Pflegekinderdienste (5331003):

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	2.324.364 €	
2014	2.325.239 €	0,03%
2015	2.321.522 €	-0,16%
2016	2.480.073 €	6,83%
2017	2.675.928 €	7,80%
2018	2.847.556 €	6,41%
2019	2.883.008 €	1,24%
2020	2.991.020 €	3,75%
2021	3.290.867 €	10,02%

3.6 Eingliederungshilfen



3.6.1 ambulante Eingliederungshilfe (5331010)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	109.146 €	
2014	78.806 €	-27,80%
2015	47.527 €	-39,69%
2016	43.623 €	-8,21%
2017	82.172 €	88,37%
2018	151.909 €	84,87%
2019	137.195 €	-9,69%
2020	211.879 €	54,44%
2021	258.868 €	22,18%

Bei den ambulanten Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gem. § 35 a SGB VIII handelt es sich vor allem um lerntherapeutische Leistungen bei Teilleistungsstörungen im Lesen, Schreiben und Rechnen sowie therapeutische Hilfen für autistische Kinder. Letztere verursachen auf den Einzelfall gesehen höhere Kosten. Die Fallzahlen der Autismustherapien sind weiter gestiegen, was in der Folge die Einzelfallkosten geringfügig erhöht hat.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	43.623 €	29	13,4	271 €
2017	82.172 €	34	26,7	256 €
2018	151.909 €	41	31,2	405,74 €
2019	137.195 €	59	37	309 €
2020	211.879 €	71	52,5	336 €
2021	258.868	88	63,25	341 €

3.6.2 Integrationshelfer (5331011)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	625.976 €	
2014	996.902 €	59,26%
2015	1.022.296 €	2,55%
2016	1.297.409 €	26,91%
2017	1.796.750 €	38,49%
2018	2.499.627 €	39,12%
2019	2.602.483 €	4,11%
2020	2.924.870 €	12,39%
2021	2.990.324 €	2,24%

Die Kosten für schulische Integrationshelfer entstehen im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder- und Jugendliche gem. § 35 a SGB VIII. Hier steigen die Fallzahlen kontinuierlich an. Zudem werden immer mehr Kinder durch die Integrationshelfer im Nachmittagsbereich (OGS) weiterbetreut, was zu weiteren Kostensteigerungen führt.

Die Jugendhilfe wird hier als Ausfallbürge für Leistungen in Anspruch genommen, die nicht oder nicht ausreichend an der Schule erbracht werden (können). Das Prüfungs- und Bewilligungsverfahren ist sehr aufwändig, die Leistung jedoch meist unabweisbar verbunden mit einem positiven Bewilligungsergebnis.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat	Kosten pro Fall/Monat mit Ø zeitreihenbezogenen Referenzwert (110)
2016	1.297.409 €	96	68,3	1.583 €	983 €
2017	1.796.750 €	122	94,3	1.588 €	1.361 €
2018	2.499.627 €	154	120,40	1.730 €	1.894 €
2019	2.602.483 €	165	124	1.749 €	1.972 €
2020	2.924.870 €	163	128,5	1.897 €	2.216 €
2021	2.990.324 €	175	141,83	1757 €	2.265 €

3.6.3 stationäre Eingliederungshilfe (5332010)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	420.120 €	
2014	197.284 €	-53,04%
2015	506.785 €	156,88%
2016	873.420 €	72,35%
2017	759.158 €	-13,08%
2018	495.443 €	-34,74%
2019	594.793 €	20,05%
2020	494.224 €	-16,91%
2021	556.609 €	12,62%

Hierbei handelt es sich um Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gem. § 35 a SGB VIII in Verbindung mit stationärer Unterbringung gem. § 34 bzw. § 41 SGB VIII. Diese werden für Kinder und Jugendliche notwendig, die aufgrund des Ausmaßes ihres psychischen/psychiatrischen Störungsbildes in spezialisierten Einrichtungen stationär untergebracht werden müssen, verbunden mit teilweise sehr hohen Entgeltsätzen aufgrund des betreuungsintensiven Settings und der eingesetzten spezialisierten Betreuungskräfte (Psychologen, Therapeuten).

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahres-durchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	873.420 €	20	13,0	5.599 €
2017	759.158 €	17	11,5	5.501 €
2018	495.443 €	14	9,8	4.213 €
2019	594.793 €	12	8,7	5.697 €
2020	494.224 €	10	4,9	8.405 €
2021	556.609 €	11	6,67	6.954 €

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die durchschnittlichen Fallkosten reduziert. Dies liegt daran, dass im Laufe des Jahres 2021 zwei Hilfen mit sehr hohen Entgeltsätzen beendet wurden. Neue „günstigere“ Hilfen wurden installiert, somit ist trotz höherer Fallzahl ein Rückgang der durchschnittlichen Fallkosten zu verzeichnen.

3.7 gemeinsame Wohnformen für Mütter oder Väter mit ihrem Kind/ihren Kindern (5332003)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	580.186 €	
2014	561.156 €	-3,28%
2015	648.557 €	15,58%
2016	624.466 €	-3,71%
2017	738.106 €	18,20%
2018	904.109 €	22,49 %
2019	530.035 €	-41,37%
2020	712.834 €	34,49%
2021	956.891 €	34,24%

Es handelt sich hier um eine geringe Anzahl von alleinerziehenden Müttern, die mit ihrem Kind/ihren Kindern unter 6 Jahren gem. § 19 SGB VIII in spezialisierten sogenannten Mutter-Kind-Einrichtungen stationär untergebracht werden. Seit dem 10.06.2021 (Gesetzesänderung) besteht die Möglichkeit, dass Mutter, Vater und Kind/er gemeinsam in einer geeigneten Wohnform betreut werden können. Es fallen hohe Kosten an, da jeweils für die Mutter, Vater und Kind/er Entgeltsätze berechnet werden. Diese Entgeltsätze können je nach Betreuungsintensität und Art der Unterbringung stark differieren. Die folgend dargestellte Fallzahl beinhaltet Mütter und die mit ihnen untergebrachten Kinder. Dahinter stecken 9 Mutter-Kind-Unterbringungen im Jahresdurchschnitt. Bei einer dieser Unterbringungen handelt es sich um eine Mutter-Vater-Kind-Unterbringung, so dass für eine Hilfe für drei Personen der Entgeltsatz angefallen ist.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahres-durchschnitt (Mutter + Kind)	Kosten pro Person / Monat
2016	624.466 €	24	13,1	3.972 €
2017	738.106 €	29	15,7	3.918 €
2018	904.109 €	39	19,1	3.945 €

2019	530.035 €	28	12,5	3.534 €
2020	712.834 €	27	14	4.243 €
2021	956.891 €	36	19,42	4.106 €

3.8 Inobhutnahme in Einrichtungen (5332004)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	368.581 €	
2014	462.869 €	25,58%
2015	530.800 €	14,68%
2016	495.360 €	-6,68%
2017	595.076 €	20,13%
2018	610.589 €	2,61%
2019	688.656 €	12,79%
2020	712.966 €	3,53%
2021	741.762 €	4,04%

Die Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen gem. § 42 SGB VIII sind großen Schwankungen unterworfen. Krisenhafte Entwicklungen in der Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern haben unterschiedlichste Hintergründe und Ausprägungen und führen alleine deshalb schon zu unterschiedlicher Anzahl und Dauer von Inobhutnahmen, die erst mit der Klärung der weiteren Perspektive enden. Das kann unter Umständen mehrere Monate dauern. Somit produzieren wenige Fälle mit langer Verweildauer ähnlich hohe Kosten wie viele kurzandauernde Fälle.

Die Auswertung der Unterbringungstage weist in 2021 insgesamt 3422 Unterbringungstage bezogen auf 66 Fälle aus. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Unterbringungsdauer von rd. 45 Tagen. Die Unterbringungen im Rahmen der Inobhutnahme erfolgen weit überwiegend in den stationären Inobhutnahmegruppen, teilweise in regulären Wohngruppen und gelegentlich aus dem klinisch Stationären heraus mit weiterem Verbleib in der Kinderklinik (z.B. bei Säuglingen).

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Unterbringungstage insgesamt/ Ø Fall	Kosten pro Fall/Monat
2017	595.076 €	67	5411/81	3345 €
2018	610.589 €	75	5357/71	3467 €
2019	688.656 €	66	2594/39	8076 €
2020	712.966 €	59	2844/48	7626 €
2021	741.762 €	65	2935/45	7688 €

3.9 Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen (5331004)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2017	126.542 €	
2018	118.980 €	-5,98%
2019	131.729 €	10,72%

2020	154.348 €	17,17%
2021	99.635 €	-35,45%

Bei der Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen handelt es sich um die Unterbringung von Kindern in Bereitschaftspflegefamilien. In der Regel werden vorwiegend jüngere Kinder in einer Bereitschaftspflegefamilie untergebracht. Die Klärung der Perspektive sollte nach Möglichkeit nicht länger als sechs Monaten dauern.

Die Auswertung der Unterbringungstage weist in 2021 insgesamt 1965 Unterbringungstage bezogen auf 26 Fälle aus. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Unterbringungsdauer von rd. 101 Tagen.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Unterbringungstage Insgesamt/ Ø Fall	Kosten pro Fall/Monat
2019	131.729 €	22	2412/110	1661 €
2020	154.348 €	27	2795/104	1680 €
2021	99.635 €	26	1965/101	1543 €

3.10 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (5332005)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	0 €	
2014	0 €	
2015	276.634 €	
2016	2.916.256 €	954%
2017	2.946.315 €	1,03%
2018	2.158.647 €	-26,74%
2019	1.265.896 €	-41,36%
2020	903.613 €	-28,62%
2021	630.004 €	-30,28%

Die Unterbringung und Betreuungskosten der UMF, als auch der verwaltungsmäßige Mehraufwand werden über eine entsprechende Kostenerstattung bzw. die Verwaltungskostenpauschale durch das Land getragen. Die hier entstehenden Kosten sind somit nahezu 100% refinanziert. Von 2017 - 2021 ist ein deutlicher Rückgang der Unterbringungszahlen aufgrund sinkender Aufnahmezahlen, der Beendigung der Hilfen im Volljährigenalter und Überführung in andere Systeme zu verzeichnen.

Bei der Unterbringung entstehen in der Anfangszeit höhere Kosten, da die „neuen“ UMF intensiver betreut werden müssen. Bei zunehmender Verselbständigung der „alten“ UMF reduziert sich die Betreuungsintensität.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	2.916.256 €	80	59,8	4.064 €
2017	2.946.315 €	63	60,8	4.038 €
2018	2.158.647 €	58	42,4	4.243 €
2019	1.265.896 €	39	31,5	3.349 €

2020	903.613 €	31	15,5	4.858 €
2021	630.004 €	27	12,58	4.173 €

4. Einnahmen

Einnahmen	2017	2018	2019	2020	2021
Kostenbeiträge, Kindergeld, Renten	805.193 €	904.730 €	971.842 €	1.034.269 €	1.185.859 €
Kostenerstattung von Gemeinden / Gemeindeverbänden	1.446.878 €	1.240.602 €	2.242.889 €	2.259.663 €	1.732.278 €
Kostenerstattung UMF	3.220.983 €	1.947.999 €	2.203.855 €	1.286.960 €	511.458 €
Verwaltungskostenpauschale UMF	203.050 €	218.282 €	131.756 €	68.828 €	63.135 €
Summe	5.676.104 €	4.313.631 €	5.550.342 €	4.649.719 €	3.492.730 €

Die Kostenheranziehung von Beitragspflichtigen und die Kostenerstattung durch andere zuständige Träger werden vollumfänglich durchgeführt. Eine Einnahmesteigerung wäre insofern nicht zu erzielen.

Es wurden für die Jahre 2019 und 2020 einmalig höhere Einnahmen erzielt, aufgrund einer Kostenerstattung durch das Kreissozialamt für rückwirkende Jahre.

5. Fachkräfte im ASD

Wissenschaftlich untermauert ist, dass eine angemessene Personalausstattung im ASD notwendig ist, um eine qualifizierte Prüfung, Einleitung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung durchzuführen. Somit steht die Personalausstattung im direkten Zusammenhang mit der Wirkung und den Kosten der Hilfen. Zu wenig Personal führt zu steigenden Kosten aufgrund nicht ausreichender Klärungsmöglichkeiten der passgenauen Bedarfe und zu geringer Fallsteuerung und somit zu nicht wirkungsvollen Hilfeverläufen, die weitere Kosten produzieren.

Der ASD verfügt laut Stellenplan über 31,5 Vollzeitäquivalente inklusive dreier VZÄ für die Arbeitsgruppenleitungen.

Aufgrund der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung konnten im letzten Quartal 2021 sechs Stellen zusätzlich besetzt werden, wovon jedoch zwei Fachkräfte nicht die Probezeit bestanden haben. Eine Stelle war zudem durch Langzeiterkrankung über einem Jahr nicht besetzt. Im Laufe des Jahres 2022 kündigte eine Fachkraft und zwei Fachkräfte sind nach Mutterschutz in Elternzeit gegangen. Zur Nachbesetzung der somit 6 Stellen mussten zwei Bewerbungsverfahren durchgeführt. Die Neueinstellungen vollzogen sich von September bis November, die „letzte“ Fachkraft kam zum 02.01.2023. Die neuen Kräfte befinden sich in der Einarbeitungsphase. Somit waren auch in 2022 erhebliche Vakanzzeiten zu überbrücken und der ASD musste, abgesehen vom Kinderschutz, mit reduzierten Standards arbeiten. Zwischenzeitlich hat eine weitere Fachkraft gekündigt, eine Elternzeit wegen Geburt steht an, eine Fachkraft ist in einen anderen Dienst intern gewechselt, eine andere Fachkraft wird im März wechseln. Diese Stellen befinden sich im Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren.

Aus der Beschreibung wird deutlich, dass die permanente Fluktuation im ASD weiterhin stattfindet. Die zusätzlichen Stellen im ASD konnten überhaupt nicht zum Tragen kommen. Wegen der permanenten Vakanzenzeiten hat sich die Relation Mitarbeitender/Fallzahl HZE, als ein wesentlicher Belastungsindikator, nicht verbessert.

Somit bleibt das Thema Personalfluktuation, Personalgewinnung Personalqualifikation und Personalbindung weiterhin beherrschendes Thema im ASD. Der durch diese dauerhafte Situation bedingte Erfahrungsverlust innerhalb des Dienstes setzt sich fort. Dieser kann trotz systematischer Einarbeitung und Heranführung der neuen Fachkräfte an die vielschichtige und fachlich herausfordernde ASD-Arbeit nicht in kurzer Zeit kompensiert werden. Dabei ist der Dienst ständig betroffen von gesetzlichen Änderungen, die Handlungsanpassungen mit sich bringen. Vielen Änderungen sind über das ausführlich im JHA vorgestellte Kinder und Jugendstärkungsgesetz (KKSG, Inkrafttreten 11.06.2021) und das Kinderschutzgesetz NRW (Inkrafttreten 01.05.2022) eingetreten. Damit verbunden sind erweiterte Leistungsansprüche, Qualitätsanforderungen, erhöhte Beteiligungsrechte und verstärkte Vernetzungsnotwendigkeiten, die finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen binden. Dazu kommen weitere Anforderungen an die Dokumentation.

Die Fallzahlen im Bereich des Kinderschutzes steigen kontinuierlich an. Zudem arbeitet der Dienst an jedem Tag im Jahr rund um die Uhr. Auch im Notdienst (Rufbereitschaft) wird der Dienst zunehmend in Anspruch genommen (in 2022, 125 Einsätze), was für die diensthabenden Fachkräfte eine hohe zusätzliche Belastung darstellt.

Um diese Arbeit dauerhaft leisten zu können benötigt es sehr gute organisatorische Rahmenbedingungen, die die Fachkräfte stärken, Motivation hoch halten und fördern und im besten Fall einen langfristigen Verbleib im ASD sichern. Diese Bedingungen sind unter dem Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt und dem vorhandenen Fachkräftemangel immer schwerer herzustellen.

6. Bewertung

Betrachtet man die Gesamtaufwendungen im dargestellten Produkt, so ist über die letzten Jahre eine stetige und in Einzelbereichen ganz erhebliche Steigerung der Kosten festzustellen. Diese Entwicklung geht mit der Kostenentwicklung im Land und Bund im Bereich der Hilfen zur Erziehung einher und stellt insofern keine spezifische Entwicklung in Siegen dar.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Kostensätze im Bereich der Hilfen zur Erziehung gesetzessprechend jährlich von den freien Trägern prospektiv zu kalkulieren und über Leistungsentgelte durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu finanzieren sind. Alleine durch die darin enthaltenen Personalkostensteigerungen und den zu berücksichtigenden Lebenshaltungsindex, können jährliche Steigerungen in Höhe von 2-3 % in den Entgeltsätzen (aktuell für das Jahr 2023 deutlich höher) der Träger der freien Jugendhilfe, die die Leistungen für das Jugendamt erbringen, entstehen. Bei einem Gesamtaufwand von rd. 24.000.000 € in 2021 könnte dies alleine bei einer niedrig angesetzten Steigerung von 2,5 % eine Ausweitung der Kosten in Höhe von 600.000 € im Folgejahr mit sich bringen.

Kostentreiber sind wie dargestellt die stationären Hilfefälle und die hohe Quote der kostenintensiven Hilfefälle. Daneben sind es die hohen Fallzahlen und Kosten für die schulischen Integrationshelfer. Kleine Steuerungsansätze sind hier Modelle zur sogenannten Poolbildung, verbunden mit dem Ziel, die Ressourcen der eingesetzten Integrationshelfer zu bündeln und effektiver für die leistungsbe-

rechten Schüler einzusetzen. Damit können auch mittelfristig finanzielle Einspareffekte erzielt werden, die allerdings nichts an der grundlegenden Problematik ändern und den grundsätzlichen Leistungsanspruch der Leistungsempfänger nicht schmälern.

Über alle Hilfearten gesehen sind keine gravierenden Fallzahlsteigerungen festzustellen. Jedoch führen auch geringe jährliche Steigerungen über mehrere Jahre zu einem kontinuierlichen Prozess der fallzahlbedingten Kostensteigerungen, was hier durchweg alleine schon bei der Betrachtung der Gesamtkosten festzustellen ist.

Der ASD gewährt und steuert die rechtmäßigen Ansprüche der Bürger und Bürgerinnen der Universitätsstadt Siegen mit transparenten und fachlich untermauerten sowie standardisierten Verfahren.

Das Fachcontrolling im Hinblick auf die Einhaltung der Standards für die Prozesse im Rahmen der Hilfen zur Erziehung wird weiterhin durchgeführt und weiterentwickelt.

Hierbei ist zu betonen, dass die gesetzesmäßig geforderte Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im Jugendamt der Universitätsstadt Siegen insgesamt gut positioniert ist und umgesetzt wird. Dies betrifft auch die Qualitätsdialoge mit den freien Trägern gerade im Hinblick auf die Umsetzung und Qualität der Leistungen.

Die Grundlagen für ein Fach- als auch ein Finanzcontrolling wurden in den letzten Jahren stetig verbessert. Es liegen umfangreiche Zahlen, Auswertungen und Hochrechnungen vor, die ein realistisches Bild über die Kosten- als auch über die Fallzahlentwicklungen liefern.

2021 bis Anfang 2022 hat eine überörtliche Prüfung der Stadt Siegen auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung stattgefunden. Das Zwischenergebnis wurde dem Unterausschuss „Kennzahlen“ des JHA zur Verfügung gestellt. Die GPA hat in ihrem Abschlussbericht zu 11 Punkten, auch zum Finanz- und Fachcontrolling, Feststellungen getroffen und Empfehlungen gegeben. Hierzu wurde jeweils Stellung genommen. Von der GPA wurde positiv auf den vorhandenen Controlling-Bericht Bezug genommen. Es wurde empfohlen diesen Bericht um einzelne Kennzahlen der GPA zu erweitern, was am Anfang dieses Berichtes bereits erfolgt ist. Im Hinblick auf die empfohlene Entwicklung von konkreten Maßnahmen zur Gegensteuerung bei festgestellten negativen Entwicklungen ist zudem geplant, dass Thema Fachcontrolling als Aufgabenbereich auf eine entsprechende Fachkraft zu zentrieren, um hier kontinuierlich zu Auswertungen und zielgerichteten Maßnahmen kommen zu können.

Steuerungsansätze sind immer auf Grundlage fachlicher Überlegungen und Zielsetzungen zu tätigen. Die Perspektive der stationär untergebrachten Kinder muss soweit wie möglich immer geklärt werden und Rückführungsoptionen zu den Eltern geprüft werden. Das bedarf einer guten Fallsteuerung, die nur mit gut ausgebildetem und quantitativ ausreichendem Personal sichergestellt werden kann. Eine gute Verzahnung der Hilfen zur Erziehung mit den „vorgelagerten“ Leistungen der Regeleinrichtungen und dem Versuch so früh wie möglich aufkommende Problemlagen aufzugreifen und zu bearbeiten, mit dem Ziel nachgelagerte tiefgreifende und kostenintensive Hilfen zu erübrigen oder zu reduzieren ist als strategisches Gesamtziel des Jugendamtes unerlässlich. Die pädagogische Arbeit mit den Kindern in den städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen und deren gute Kooperation mit den Fachkräften des ASD zeigt dabei deutlich, wie Hilfen zur Erziehung auf andere und „normale“ Art verhindert oder reduziert werden können. Die vorgenannte Verzahnung von Erziehungshilfe und Kinder- und Jugendeinrichtungen in den integrierten EJA-Gruppen ist ein weiteres Beispiel dafür. Eine personell gut ausgestattete und fachlich gut gestaltete OGS könnte in der Perspektive ein weiterer

Baustein sein, in dem Bildung, Förderung und Erziehungshilfe gemeinsam wirken. Eine gute sozialraumorientierte Ausrichtung der Arbeit als Basis ist notwendig, benötigt aber auch zeitliche Ressourcen.

Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die Kosten in den nächsten Jahren weiter steigen werden oder sich zumindest verstetigen. Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sind als Hintergrund dafür zu betrachten.

Es wird die Herausforderung bleiben, mit gut ausgebildetem Personal, die richtige Hilfe zum richtigen Zeitpunkt und mit dem richtigen Maß auf den Weg bringen zu können und sie zielgerichtet, im Sinne der Hilfeplanung, gut gesteuert zum erfolgreichen Ende zu führen. Dies unter der Voraussetzung, dass die Hilfe immer als Koproduktion in sozialrechtlichen Dreieck stattfindet, somit eine passende (v.a. stationäre) Hilfe zur Verfügung steht und der Hilfeprozess einer gewissen Unkalkulierbarkeit im (menschlichen) Verhalten der Leistungsberechtigten unterliegt.